

Dresdner Volkszeitung

Verlagskontor: Leipzig, Guben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagskontor: Gehr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangiergeld monatlich 2,00 M. Einmalig 20 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,00 M. und für den Rest der Welt 2,50 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditionsbüro: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Verkaufsstellen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Kompositorenzeile 90 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3 gespaltene Kompositorenzeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefkastenbesetzung 20 Pf.

Nr. 248

Dresden, Sonnabend den 25. Oktober 1919

30. Jahrg.

Gegen den Lebensmittelwucher!

Von S. Kahmann

Im Krieg ist die Uneigennützigkeit in die Probe genommen, und bis zum heutigen Tage ist eine merkwürdige Besserung dieses Zustandes noch nicht eingetreten. Das „Ich“ will vorwalten und in einen heftigen „Ich“ triumphiert über den sozialistischen Gedanken „Laßt alle Menschen gut leben und Kinder beschneiden“ werden. Die staatliche Autorität ist zu schwach, um das Gefühl der Verantwortlichkeit mit Wucht zu wecken. Jeder ist bemüht, seine Kräfte freizusetzen zu lassen, unbedarft darum, wie es dem Nachbar und der Mehrheit der Nation geht. Toll nirgends will man Freud und Leid teilen, sondern selbsttätig nur Freude genießen. Langsam kommt die Arbeiterklasse als erste von diesem unsozialistischen Wege ab und stellt ihre Kräfte in den Dienst des ganzen Volkes, damit der Trümmerhaufen wegschafft und das neue Deutschland aufgebaut werde. Es wird gut sein, in der Geschichte festzuhalten, daß die Arbeiter die ersten waren, die nach dem verlorenen Kriege, in dem die Grundlagen der ganzen Volkswirtschaft zerstört wurden, Ertragsminderungen der Revolution, wie die Vorkriegszeit, in der die Arbeiterzeit, preisgaben, um durch Arbeit die nationale Produktion zu steigern. Das ist der Anfang zur Besserung, und das Tempo wird verlangsamter oder beschleunigt, je nach dem Grad von Einsicht und Verständnis, das vom Unternehmertum und Befehlshabern und dem Landwirtstand gezeigt wird.

In der Landwirtschaft zeigen sich noch keine Spuren besserer Einsicht. Dort fordert man immer noch die „laß das Recht, die Strafe frei entfalten“ zu können. Nicht um die Produktion, sondern um den Verdienst zu steigern! Nicht wirtschaftliche Not treibt die Allgemeinheit der Landwirte, sondern der nackte Egoismus. Selbstverständlich gibt es auch hier Ausnahmen, und nichts liegt uns ferner, als sie mit in den großen Topf zu werfen und sie mit abzurufen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß diese Ausnahmen mit herangezogen werden müssen, um die Landwirtschaft von der Profitgier, vom Wucher- und Schleichhandelsgeist zu reinigen.

Daß es geschieht, ist bitter notwendig, weil eine wirtschaftliche Gesundung sonst nicht eintreten kann und wir immer tiefer in materielle Verschuldung geraten. Die führenden Kreise der Landwirtschaft zeigen dafür kein Verständnis; sie wollen es nicht, denn sonst müßten sie den Kampf gegen die Zwangswirtschaft einstellen und ihn aufnehmen gegen die Gesetzesübertretungen, die mit jedem Tage offenkundiger in die Erscheinung treten. Solange ihr Kriegslöbe und sie in der Gesellschaft des „edlen“ Jantzenhauers Erbsenbohnen schmiedeten, riefen sie ihre Anhänger auf, seinen Streifen Landes unbebaut liegen zu lassen und Korn und Kartoffeln werfen den Menschen in Deutschland zur Verfügung zu stellen. Nachdem ihre Kriegslöbe aber geendet und die Bedingungen ihres früheren Lebens wieder zusammengefallen sind, halten sie sich nicht mehr veranlaßt, ihre Gesellschaft zu nationalem Wohlstand zu erheben, wie wir es beabsichtigen, aufzurufen. Ja es erweist den Ansehens, als ob sie sich nicht die Ernährungsnotwendigkeiten vergrößern helfen in der stillen Hoffnung, daß dadurch das Ansehen der neuen Regierung, die in der Demokratie wurzelt, und die ihnen ja so verhasst ist, vermindert wird. Das scheint ihnen vordringend für den nächsten Wahlkampf, in dem sie hoffen, bessere Geschäfte machen zu können.

Über unbedarft um das Geschick der Landwirte nach Aufhebung der Zwangswirtschaft, muß die Regierung die Zwangswirtschaft nicht nur weiter aufrechterhalten, bis die Ernährungs-, Preis- und Verhältnisse gesichert sind, sondern sie auch verschärfen, und die Regierungsparteien, und die Klassen, die hinter ihnen stehen, müssen die Maßnahmen unterstützen. Der Bonifat der Landwirte gegenüber der Ablieferungspflicht wirkt schlimmer als 10 000 sozialistische Agitatoren, und die Ruhe im Lande und die Arbeitsehrlichkeit der Arbeiter steigen in dem Maße, wie die Landwirtschaft zur Erfüllung gezwungen wird. Die Regierung muß daher aus Gründen des Volkswohls und der eigenen Existenzfähigkeit die Sabotage der Landwirte gegen Befehle und Verordnungen brechen. Das ist nicht leicht, denn sie kann nicht auf jeden Bauernhof zwei Gendarmen stellen. Aber Schwierigkeiten sind da, damit man sie zu überwinden sucht und es mühe mit dem Teufel zugehen, wenn nicht diese Schwierigkeiten überwunden würden.

Schafft eine Organisation zum Schutze gegen Wucher und Schleichhandel! Vereinigt in ihr die ehrlich die Verordnungen einhaltenden Landwirte, die Mitglieder des Landarbeiterverbandes und zuverlässige Arbeiter und Bauern aus Industrie- und Städten. Schafft für jeden Kreis eine negartige Organisation, die in jedem größeren Orte einen mit Macht befugten ausserhalb der Aufsicht hat, an deren Spitze der entscheidende Kreisvorsitzende stehen soll und der keine Instruktionen von einer höheren Stelle erhält. Nicht Scheineintriche, sondern in denen nur geredet werden kann und wird, wollen wir, sondern solche, die die Tat über das Wort stellen. Gebt den Ausschüssen polizeiliche Macht und polizeiliche Zuständigkeiten und werft den widerrechtlichen Landwirten, der sich den vorstehenden Anordnungen widersetzt, das in der nächsten Sporthalle sitzen! Gerade jetzt ist das Eingreifen

notwendig, denn jetzt ist die Ernte noch zu retten. Räumt die Sache im alten Gleise weiter, damit's nicht lange, daß die Kinder und Stranten der Großstädte und Industriebezirke keine Lebensmittel mehr erhalten. Dann kommen wir auch dem Zeitpunkt näher, wo das Fleisch verschwindet, wo es Kartoffeln auf Märkten nicht mehr gibt und wo das Getreide verschoben wird.

Ungehobene Massen an Rindvieh werden „schwarz geschlachtet“, ganz zu schweigen vom deutschen Schwein und Hammel, die für die breite Masse nicht mehr existieren. Eine rücksichtslose und hader arbeitende Schiebergesellschaft holt dem Bauer gegen höchste Bezahlung die letzte Kuh und das letzte Stroh aus dem Stalle. Das Fleisch wandert in die Städte und an andre Großstädter, und die Felle werden natürlich dem Volke auch nicht zur Deckung des Schuhbedarfs zur Verfügung gestellt. In Süddeutschland wurde uns von Hoteliers ganz offen erklärt, daß sie nur den zehnten Teil des Fleisches kaufen könnten, das ihnen angeboten wird, und daß sie das Fleisch auf Märkten oft gar nicht holen. An der schleichhändlerischen Grenze, und ebenso an der forburgischen, blüht ein fräftiger Schleichhandel in Fleisch, Wurst, Butter und Eiern. Ein ganzes Heer Arbeiterlocher und sonstiger Berufsschieber leben dort und anderswo vom Schleichhandel — und das nicht schlecht. In einem mittelgroßen Hotel verbrauchte man vor zirka zwei Monaten wöchentlich für mehr als 4 000 Mark Fleisch.

Das Gehalt wogend Schwächung des Milchviehbestandes ist daher größtenteils zu Unrecht erhoben und nur dazu berechnete, die Schwarzschlachtung zu verdecken.

Zur Zeit wird ein amerikanischer Wucher mit Kartoffeln betrieben, und die Unwissenheit über das Ernteresultat und die sich widersprechenden Mitteilungen in der Presse begünstigen den agrarischen Wucher. Zwar besteht ein gesetzlicher Höchstpreis; aber nur ein kleiner Teil der Landwirte gibt die Kartoffeln zum Höchstpreise ab. Auf Märkten geben wir keine Kartoffeln ab. Das ist die Erklärung der Landwirte, mit der sie der bedrängten Bevölkerung entgegenkommen, um Kartoffeln marktfrei zu wahrenmäßig hohen Preisen abzugeben. Und ebenso steht es mit der Milch. Die Milchproduktion liegt fast überall bei den unterirdischen Kanälen.

Diesen Zustand kann das Volk nicht viel länger ertragen. Je mehr es auf den Schleichhandel angewiesen ist, je größer die Einkommenssummen sind, die es dem Schleichhandel abgeben muß, nicht um zu schwächen, sondern nur um zu leben, und mit jeder weiteren Steigerung der Preise und der Löhne tritt erfahrungsgemäß eine weitere Geldentwertung ein, die unserer Volkswirtschaft immer schädlicher werden muß.

Schafft daher eine Organisation zum Schutze gegen Wucher und Schleichhandel! Der einsichtige Teil des Volkes ist dazu bereit. Wendet euch an die junge Organisation der Landarbeiter. Im wirtschaftlichen

Kampfe hat sie ihre Kraft zeigen können, und sie wird zweifellos gern bereit sein, ihre Kraft für das Wohl des darbedenden deutschen Volkes einzusetzen, und helfen, den Zäsuren und Wucherern das unsaubere Handwerk zu legen.

Friedenszustand, nicht Friede

Verfaßt, 24. Oktober. Das Journal officiel veröffentlicht ein Gesetz, wonach vom 24. Oktober an die Feindseligkeiten ein Ende erreicht haben und der Friedenszustand effektiv geworden ist.

Das Berliner Tageblatt bemerkt dazu: Die Verkündung des Friedenszustandes durch französisches Gesetz darf nicht so verwechselt werden mit der Bekanntgabe des Inkrafttretens des Friedensvertrages, die noch aussteht. Der Vertrag tritt nach den in ihm enthaltenen Bestimmungen erst in Kraft, wenn das Protokoll über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden durch Deutschland und drei feindliche Hauptmächte aufgestellt ist. Die Ratifikation durch England, Frankreich und Italien ist zwar vollzogen, aber die Ausfertigung des Protokolls ist noch nicht erfolgt und soll, wie gemeldet, erst nach Erreichung einiger militärischer Maßnahmen in nächster Zeit erfolgen. Das das französische Gesetz im Auge hat, ist die Wiederherstellung des Friedenszustandes in innerpolitischer Beziehung. Es bringt die Aufhebung aller kriegsrechtlichen Ausnahmebestimmungen und der zahlreichen Deformationen für Handel und Wandel, die sich das Volk in Frankreich ebenso wie andre unter dem Kriegszustand gefallen lassen mußten. Die Verkündung des Friedenszustandes war neben den wirtschaftlichen Bemessungen wohl auch mit Rücksicht auf den Wahlkampf nicht länger hinauszuhalten.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Nach der Verfaßter Meinung scheint das sogenannte erste Protokoll, das nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zu errichten war, sobald drei Hauptmächte den Friedensvertrag ratifiziert hatten, errichtet worden zu sein. Der betreffende Schlupartikel lautet:

„Ein erstes Protokoll über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden wird errichtet, sobald der Vertrag von Deutschland einerseits und von drei alliierten und assoziierten Hauptmächten andererseits ratifiziert worden ist. Mit der Errichtung dieses ersten Protokolls tritt der Vertrag zwischen den hohen, vertragsschließenden Teilen, die ihn auf diese Weise ratifiziert haben, in Kraft. Dieses Protokoll gilt zugleich als der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bestimmungen aller in dem gegenwärtigen Vertrag vorgezeichneten Bestimmungen.“

Die letzte Bestimmung ist vor allem wichtig für die Bestimmungen der Friedenszustand. Der nunmehr eingetretene Friedenszustand muß aber unbedingt auch seinen Einfluß ausüben auf das Verhalten der Besatzungsmächte und auf die über die Offize verhängte Blockade. In beiden Beziehungen ist nun an Stelle des Kriegszustandes das Vertragsrecht der Friedensbedingungen getreten. Nunmehr muß auch von Frankreich die Auslieferung der Kriegsgefangenen vollzogen werden, denn diese sollte sofort nach Inkrafttreten des Vertrags beginnen.

Verstärkung des Besatzungsheeres

In großem Widerspruch zu der Bekanntgabe des Friedenszustandes steht allerdings eine andre Nachricht der französischen Blätter. Sie kündigen für das ganze deutsche Reichgebiet eine erhebliche Vergrößerung der Stärke des Besatzungsheeres an, welche durch die Arbeiterstreikbewegung notwendig gemacht werde. Die Besatzungsarmee in der Pfalz wird um weitere acht Bataillone vermehrt werden.

Rückblick auf Stuttgart

Am letzten Sonntag wollte die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, die seit dem 13. Oktober in Stuttgart tagte, mit ihren Beratungen zu Ende kommen. Aber erst in der Mitte dieser Woche konnte sie endlich geschlossen werden. Sehn Zage lang brauchte sie zur Erledigung ihrer Tagesordnung, zehn Plenarversammlungen mit ungezählten Kommissions- und Fraktionsitzungen. Damit übertrug der Stuttgarter Verbandstag die Dauer aller Gewerkschaftstagesitzungen. Seine Arbeit steht allerdings nicht im entgegengesetzten Verhältnis zu der Länge des Kongresses. Man kann nicht sagen, daß er besonders fruchtbar Arbeit geleistet habe. Um so bedeutungsvoller ist er aber für den Metallarbeiterverband und für die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen.

In Stuttgart ragen zwei Richtungen um die Macht. Die Entscheidung darüber war aber bereits gefällt, ehe der Verbandstag eröffnet wurde: die Opposition war stärker vertreten als man glaubte, sie hatte die überwiegende Mehrheit. Gätte man in Stuttgart weniger geredet und nur bestimmt, das Resultat wäre das gleiche geblieben. Die Namen Dismanns liegen sich nicht durch Gegenstände überzeugen — sie wollten dies auch nicht. Ihr einziger Zweck war, ihre Macht als Mehrheit auszunutzen, und dies taten sie gründlich. Das zeigte schon die beiden ersten Verhandlungstage, als um die Gültigkeit der Mandate entschieden wurde. Hier entschied die Opposition rücksichtslos zu ihren Gunsten. Nach den von ihr aufgestellten Grundfragen kann künftig jederzeit Wahlbeeinflussung erfolgen — vorausgesetzt, daß die Richtung, welche dies Mittel anwendet, die Mehrheit auf dem Verbandstag erhält.

In den ersten Tagen der Generalversammlung stand es sehr kritisch um die Frage, ob es möglich sein könnte, die beiden Richtungen in einer Organisation zusammenzufassen. Das rücksichtslose Vorgehen der Mehrheit, besonders die Kasserung von zehn Mandaten der Minorität, machte in der Fraktion der Minorität die Stimmen sehr laut, die ein weiteres Zu-

sammenarbeiten für unmöglich hielten. Es war gerade Alexander Schlichte, der von der Opposition am meisten Gehörte, welcher der Verständigung und Einigung das Wort sprach. Es ist gut, daß es nicht zur Trennung kam, sie hätte unheilvolle Folgen für die gesamte Arbeiterbewegung haben können.

Erst am vierten Verhandlungstage kam die Generalversammlung zur Konstituierung und zum Eintritt in die Tagesordnung. Das steht in der Geschichte der Gewerkschaftstagesitzungen einzig da; wie überhaupt die Generalversammlung Neuerungen in das Wesen der Gewerkschaftstagesitzung brachte. Zum ersten Male auf einer Gewerkschaftstagesitzung wurden die Geldsätze nach dem parlamentarischen Gebrauch von „Fraktionen“ erledigt. Die Opposition hat sich bisher auch auf andern Gewerkschaftstagesitzungen zusammengeschlossen und Sonderberatungen abgehalten. Nur ist aber, daß verschiedene Fraktionen gebildet werden und den Plenarversammlungen jeweils Fraktionsitzungen vorausgehen. Nicht mehr gewerkschaftliche Grundfragen waren es, die die Geister schieden, sondern die Fraktionen waren gebildet nach der Parteirichtung der einzelnen. Parteipolitische Rücksichten sind es, von denen die Beschlüsse des Verbandstages diktiert waren. Und dies gibt der ganzen Tagung ihr Gepräge.

Eigentlich sind es nur zwei Hauptpunkte, mit denen sich der Verbandstag beschäftigte, die gewerkschaftliche Politik während und nach dem Krieg, und die Frage: Arbeitergemeinschaften oder Rätekommunismus. Beide Fragen greifen ineinander und über beide hat die oberste Instanz der Gewerkschaften, der Gewerkschaftskongress, erst vor kurzem entschieden. Grund genug für die „radikalen“ Metallarbeiter, um eine Entscheidung in entgegengekehrtem Sinne zu fassen.

Ueber die gewerkschaftliche Kriegspolitik ist schon so viel geredet und geschrieben worden, daß wahrhaftig nichts Neues hierzu mehr gesagt werden kann. Der